



Generalversammlung

Verteilung: Begrenzt
8. Januar 2025

Deutsch
Original: Englisch

Kommission für soziale Entwicklung

New York, 10.- 14. Februar 2025

Punkt 3 a) der vorläufigen Tagesordnung*

Folgemaßnahmen zum Weltgipfel für soziale Entwicklung und zur vierundzwanzigsten Sondertagung der Generalversammlung:

Schwerpunktthema: Stärkung der Solidarität, der sozialen Inklusion und des sozialen Zusammenhalts mit dem Ziel, die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung und dem Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung sowie die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen

Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch soziale Inklusion

Bericht des Generalsekretärs**

Zusammenfassung

Dieser gemäß dem Beschluss 2024/315 des Wirtschafts- und Sozialrats vorgelegte Bericht liefert Argumente für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch soziale Inklusion mit dem Ziel, die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung und dem Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung sowie die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen. Er soll verdeutlichen, dass die Ausweitung der Investitionen in die Beschäftigungs- und Sozialpolitik eine zentrale Rolle dabei spielt, die soziale Inklusion zu fördern und das Vertrauen wiederherzustellen und so den Fortschritt langfristig zu sichern.

In dem Bericht unterstreicht der Generalsekretär, wie wichtig der für 2025 anberaumte Zweite Weltgipfel für soziale Entwicklung im Hinblick darauf ist, das globale Bekenntnis zur Beendigung der Armut, zur Verringerung von Ungleichheit und zu dem Bestreben, niemanden zurückzulassen, durch raschere Maßnahmen zugunsten der Umsetzung der Agenda 2030 zu erneuern. Er empfiehlt den Regierungen, durch konkrete

* E/CN.5/2025

** Dieser Bericht wurde den Konferenzdiensten aus technischen Gründen, die sich der Kontrolle der einreichenden Stelle entziehen, nach Ablauf der Frist zur Bearbeitung vorgelegt.



Verpflichtungen zur Förderung inklusiver, gerechter und von Zusammenhalt geprägter Gesellschaften, die auf sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und Gleichheit beruhen, die Investitionen in menschenwürdige Arbeit, Sozialschutz, Gesundheit und Bildung, gestützt durch eine wirksame und faire Steuerpolitik, zu erhöhen. Er unterstreicht ferner, wie wichtig es ist, das Vertrauen zwischen den Menschen und den öffentlichen Institutionen dadurch zu vertiefen, dass die Dienstleistungen und ihre Qualität durch eine transparente und rechenschaftspflichtige Verwaltungsführung, durch Beteiligung der Menschen und durch einen gestärkten Multilateralismus verbessert werden.

I. Einleitung

1. Seit dem Weltgipfel für soziale Entwicklung im Jahr 1995 in Kopenhagen wurden bemerkenswerte, wenngleich ungleichmäßige Fortschritte bei den wichtigsten sozialen Entwicklungszielen verzeichnet. Allerdings sind die Fortschritte bei der Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in vielen Bereichen aufgrund mehrfacher, sich überschneidender Krisen, darunter die Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19), eskalierende Konflikte, geopolitische Spannungen und der Klimawandel, zum Erliegen gekommen oder wurden gar rückgängig gemacht. Das Zusammenspiel dieser miteinander verknüpften und einander überlappenden Schocks mit vorhandenen Politikrahmen und sozio-ökonomischen Systemen hat Entwicklungsfortschritte erschwert und so bestehende Gräben vertieft.

2. Die Entwicklungsgewinne seit dem Gipfel waren instabil und ungleichmäßig. Die Fortschritte bei der Beseitigung der Armut haben sich als fragil und unbeständig erwiesen. Weiter gehemmt wird die soziale Inklusion durch anhaltend hohe Einkommens- und Reichtumsungleichheit. Derzeit leben etwa 65 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern mit wachsender Einkommensungleichheit.¹ Veränderungen in der Arbeitswelt, die Globalisierung und technologische Durchbrüche haben vielen Menschen Vorteile, vielen anderen aber auch Beeinträchtigungen und Benachteiligungen gebracht.

3. Seit dem Gipfel haben Politikmaßnahmen und Wirtschaftswachstum zu bedeutenden Entwicklungsergebnissen geführt: In den drei Jahrzehnten vor der COVID-19-Pandemie wurden über 1 Milliarde Menschen aus der extremen Armut befreit. Seit 2015 verlangsamten sich die Fortschritte jedoch und wurden durch die Pandemie und die anschließende Wirtschaftskrise wieder zunichte gemacht. 2024 betrug die Zahl der extrem armen Menschen weltweit schätzungsweise 692 Millionen, und 2030 werden voraussichtlich noch immer 623 Millionen Menschen in extremer Armut leben.² Darüber hinaus war der Rückgang der Armut ungleichmäßig und unbeständig – die Ärmsten wurden zurückgelassen, und die Errungenschaften gingen schnell wieder verloren.³ Auch bei der Verringerung von Hunger

¹ *World Social Report 2025* (United Nations publication, erscheint demnächst).

² World Bank Group, *Poverty, Prosperity and Planet Report 2024: Pathways Out of the Polycrisis* (Washington, 2024).

³ United Nations, „Eradicating poverty in all its forms: unfinished business in a challenging context“, Themenpapier 1 für den *World Social Report 2025*, Juni 2024.

haben die Fortschritte seit 2019 nachgelassen, seit drei Jahren stagnieren sie, und 2023 waren 733 Millionen Menschen von Hunger betroffen.⁴

4. In den verbleibenden fünf Jahren müssen die Anstrengungen erheblich vorangetrieben werden, um die Agenda 2030 zu verwirklichen, insbesondere die Ziele, die die Kernverpflichtungen aus der Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung und dem Aktionsprogramm des Weltgipfels für soziale Entwicklung aufgreifen, nämlich die Beseitigung der extremen Armut, die Herbeiführung produktiver Beschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle und die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Inklusion. Beim aktuellen Tempo laufen die derzeit am weitesten zurückliegenden Bevölkerungsgruppen Gefahr, bis 2030 noch weiter zurückzufallen.

5. Die Agenda 2030 stellt die Menschen in den Mittelpunkt, was sich in ihrem übergreifenden Versprechen niederschlägt, niemanden zurückzulassen. Die Verankerung des Wohlergehens der Menschen als oberstes Entwicklungsziel erfordert eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Inklusion auf der Grundlage vermehrter Solidarität und größeren Vertrauens in und zwischen den Ländern.

6. Vor dem Hintergrund des dreißigsten Jahrestags des ersten Weltsozialgipfels und mit Blick auf den anstehenden Zweiten Weltgipfel für soziale Entwicklung wird in diesem Bericht der Frage nachgegangen, wie gesellschaftliche Bindungen und institutionelle Mechanismen für soziale Inklusion gestärkt werden können, um von größerem Zusammenhalt geprägte Gesellschaften aufzubauen, die die sozialen Entwicklungsziele erreichen.

II. Sozialer Zusammenhalt als zentrales Element der nachhaltigen Entwicklung

7. Auf Inklusion, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität beruhende Gesellschaften sind eher in der Lage, vermehrt in Politikmaßnahmen zu investieren, die eine zentrale Rolle bei der Förderung des sozialen Fortschritts spielen. Allerdings scheint das Vertrauen zu schwinden. In den Ländern, für die Daten vorliegen, geben 57 Prozent der Menschen an, nur wenig Vertrauen in ihre Regierungen zu haben.⁵ Auch wenn sich ein uneinheitliches Bild ergibt, hat in den meisten untersuchten Ländern der Anteil der Menschen, die ihrer Regierung nach eigenen Angaben nicht vertrauen, seit Mitte der 2000er Jahre zugenommen, vor allem in den Entwicklungsländern.⁶ Dies ist besorgniserregend, denn Vertrauen, sowohl zwischen den Menschen als auch in die Institutionen, ist von zentraler Bedeutung für die Durchführung und Finanzierung von Politikmaßnahmen zur rascheren Erfüllung der Verpflichtungen des ersten Weltsozialgipfels und der Agenda 2030.

⁴ Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) et al., *The State of Food Security and Nutrition in the World 2024: Financing to End Hunger, Food Insecurity and Malnutrition in All its Forms* (Rom, FAO, 2024).

⁵ World Values Survey Association, „World Values Survey Wave 7 (2017–2022)“. Verfügbar unter www.worldvaluessurvey.org/WVSDocumentationWV7.jsp (abgerufen im Oktober 2024). Die Untersuchung erstreckte sich auf 66 Länder oder Gebiete, für die Daten vorlagen.

⁶ In 19 der 35 untersuchten Länder oder Gebiete ist das Vertrauen zwischen Welle 5 (2005–2009) und Welle 7 (2017–2022) der Umfrage über menschliche Werte (World Values Survey) gesunken. Siehe Patricia Justino und Melissa Samarin, „Trust in a changing world: social cohesion and the social contract in uncertain times“, Themenpapier 2 für den *World Social Report 2025*, Dezember 2024.

8. Geringes Vertrauen schwächt die Solidarität und den sozialen Zusammenhalt, was die soziale Kluft vertieft und das Wirtschaftswachstum und die Bemühungen um die Beseitigung von Armut und Hunger beeinträchtigt. Zudem untergräbt es die Unterstützung für öffentliche Investitionen in die Grundversorgung und behindert den Zugang zu grundlegenden Angeboten und Dienstleistungen, etwa zu hochwertiger Bildung, Gesundheitsversorgung, Kinderernährung, Sanitärversorgung, sauberer Energie und vielem mehr. Diese Defizite werden durch einen Teufelskreis verstärkt, der häufig generationenübergreifend wirkt und die Bestrebungen und Lebensperspektiven der Menschen hemmt.

9. Diese düsteren Aussichten lassen sich zumindest teilweise ins Gegenteil verkehren, indem eine inklusive, chancengerechte und wirksame Politik gefördert wird, die in einem am Menschen orientierten Entwicklungsparadigma verankert ist, wie es in den Kerngrundsätzen der Kopenhagener Erklärung, des Aktionsprogramms und der Agenda 2030 dargelegt ist.

A. Dimensionen des sozialen Zusammenhalts

10. Im weitesten Sinne lässt sich sozialer Zusammenhalt als „Kitt“ beschreiben, der Gesellschaften zusammenhält und es ihren Mitgliedern ermöglicht, miteinander zu leben und sich zu entfalten.⁷ Für den Begriff sozialer Zusammenhalt gibt es eine Vielzahl von Definitionen, da er als Ansatzpunkt dafür dient, die Rolle starker sozialer Bindungen in verschiedenen Kontexten, insbesondere bei der Friedenskonsolidierung und der nachhaltigen Entwicklung, zu beleuchten.⁸

11. Von Zusammenhalt geprägte Gesellschaften verringern Ungleichheit auf ein Mindestmaß und vermeiden Ausgrenzung, indem sie das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder anstreben.⁹ Demnach bestehen in Gesellschaften, die sich durch sozialen Zusammenhalt auszeichnen, Prozesse für eine stärkere Inklusion von Menschen, die aufgrund des Alters, des Geschlechts, einer Behinderung, der „Rasse“, der ethnischen Zugehörigkeit, ihres wirtschaftlichen oder Migrationsstatus oder eines anderen Faktors benachteiligt werden.

12. Die wichtigste Komponente des sozialen Zusammenhalts ist die soziale Inklusion, deren Förderung in erster Linie den Regierungen obliegt, indem diese Gesetze, Politikmaßnahmen und Verwaltungsverfahren beschließen, die gleichen Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Rechten und Chancen für alle gewährleisten.

13. Für einzelne Menschen und Gruppen ist sozialer Zusammenhalt gleichbedeutend mit einem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft und der Überzeugung, dass sie Teil einer „moralischen Gemeinschaft“ sind und sich somit als Mitglieder eines Kollektivs verstehen, das für das Gemeinwohl handelt. In komplexen modernen Gesellschaften setzt sozialer Zusammenhalt Vertrauen in andere voraus.¹⁰ Im Gegensatz zu traditionellen Formen

⁷ *Social Cohesion: Concept and Measurement* (United Nations publication, 2023).

⁸ United Nations Development Programme (UNDP), *Strengthening Social Cohesion: Conceptual Framing and Programming Implications* (New York, 2020).

⁹ Council of Europe, *Report of the High-Level Task Force on Social Cohesion: Towards an Active, Fair and Socially Cohesive Europe* (Straßburg, 2008).

¹⁰ Christian Albrekt Larsen, „Social cohesion: definition, measurement and developments“, Papier zur Vorlage auf der Tagung der Sachverständigengruppe zum Thema „Überdenken und Stärkung der sozialen Entwicklung“ am 17. und 18. Juli 2014 in New York.

der Integration, denen eine gemeinsame Kultur oder Identität zugrunde liegt, ist der Zusammenhalt in modernen Gesellschaften in einem Gefühl der Gleichbehandlung, gleichem Zugang zu Chancen und gemeinsamen Werten der Solidarität und Zusammenarbeit verankert. Zudem beruht er auf dem Vertrauen der Menschen in ihre Regierungen, die in einer von Zusammenhalt geprägten Gesellschaft rechenschaftspflichtig, transparent und legitimiert sind.

14. Menschen mit einem hohen Maß an zwischenmenschlichem Vertrauen sind nachweislich eher bereit, mit anderen zusammenzuarbeiten und sich gesellschaftlich zu engagieren. So ist die Einhaltung von Steuervorschriften höher, wenn die Menschen darauf vertrauen, dass sich auch andere daran halten und der Staat die Mittel entsprechend den vereinbarten Standards verwendet.¹¹ Zudem fördern Regierungen, die in der Lage sind, die Einhaltung von Verträgen, Verpflichtungen und Rechten zu gewährleisten, das gegenseitige Vertrauen, da die Menschen höhere Erwartungen in Bezug auf ein vertrauenswürdigen Verhalten anderer haben.¹² In diesem Sinne können sowohl das Vertrauen zwischen den Menschen als auch das Vertrauen in den Staat einen positiven Kreislauf in Gang setzen, der sich im Laufe der Zeit verstärkt.

15. Der soziale Zusammenhalt kann daher als Ergebnis der Wechselwirkung zwischen dem tatsächlichen Maß an sozialer Inklusion, den bestehenden institutionellen Mechanismen zur Förderung von sozialer Inklusion und Solidarität sowie dem wahrgenommenen Vertrauen in andere und in die Institutionen betrachtet werden.¹³ In keiner Gesellschaft ist der Zusammenhalt vollkommen, sondern vielmehr häufig ein Politikziel, das im Hinblick auf höher entwickelte und stabilere Gesellschaften verfolgt wird.

B. Sozialer Zusammenhalt zur Förderung besserer Entwicklungsergebnisse

16. Auch der soziale Zusammenhalt und die soziale Entwicklung verstärken einander und erzeugen so einen positiven Kreislauf. Einerseits kann der soziale Zusammenhalt als Endprodukt einer wirksamen Sozialpolitik verstanden werden, die unter anderem der Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung dient.¹⁴ Andererseits kann er dazu beitragen, die Wirksamkeit der Sozialpolitik zu steigern, und bessere Entwicklungsergebnisse insgesamt ermöglichen.

17. Demgegenüber ist das Zugehörigkeitsgefühl in Gesellschaften ohne Zusammenhalt schwach ausgeprägt, und marginalisierte Gruppen sind in der Regel weniger produktiv, unter anderem weil ihnen Möglichkeiten für den Erwerb einer guten Bildung und nützlicher Qualifikationen verwehrt bleiben. Dadurch verschärft sich das Risiko sozialer Unruhen, was negative Folgen für die politische Stabilität, die Sicherheit und Investitionen hat. Die Förderung des sozialen Zusammenhalts durch soziale Inklusion und die volle Teilhabe aller

¹¹ Bo Rothstein, „Trust, social dilemmas and collective memories“, *Journal of Theoretical Politics*, Bd. 12, Nr. 4 (Oktober 2000).

¹² Andrea F. M. Martinangeli et al., „Institutional quality causes generalized trust: experimental evidence on trusting under the shadow of doubt“, *American Journal of Political Science*, Bd. 68, Nr. 3 (Juli 2024).

¹³ Economic Commission for Latin America and the Caribbean, *Social Cohesion: Inclusion and a Sense of Belonging in Latin America and the Caribbean* (Santiago, 2007).

¹⁴ Jane Jenson, *Defining and Measuring Social Cohesion* (London, Commonwealth-Sekretariat und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung, 2010).

gesellschaftlichen Gruppen kann zum wirtschaftlichen und sozialen Wohl beitragen.¹⁵ Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Möglichkeit, Einkommensunterschiede durch eine Kombination aus einer gut funktionierenden Lohnpolitik, Sozialschutzleistungen und Steuerzahlungen erheblich zu verringern.¹⁶

18. Zudem sind Menschen, die nicht vollständig in die Gesellschaft integriert sind, möglicherweise weniger bereit, zu gemeinsamen Zielen beizutragen. Umgekehrt entwickeln Gesellschaften, die nach einem stärkeren sozialen Zusammenhalt streben, oft eine größere Schockresistenz und können umfassende und tiefgreifende Veränderungen, etwa demografische, ökologische und technologische Herausforderungen, besser bewältigen.

19. Ein hohes Maß an Vertrauen ist daher unerlässlich, um kollektive Maßnahmen zur Verwirklichung globaler Ziele wie der Bekämpfung des Klimawandels und der Erhaltung des Friedens zu unterstützen. Vertrauen ist eine Voraussetzung für Synergien zwischen Staat und Gesellschaft, da es partizipativen Mechanismen die Steuerung von Politikentscheidungen, insbesondere in Krisenzeiten, ermöglicht. Zudem ist Vertrauen wichtig dafür, dass die Menschen einander respektieren, staatliche Vorschriften einhalten, den Rechtsstaat akzeptieren, Steuern zahlen und andere, für das ordnungsgemäße Funktionieren von Regierungen notwendige Formen der Zusammenarbeit praktizieren.¹⁷ In diesem Sinne erhöht der soziale Zusammenhalt die Wirksamkeit der öffentlichen Politik. Darüber hinaus fördert er eine aktivere Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, da er die Handlungsfähigkeit und das Wohlergehen steigert.¹⁸

20. Eine wirksame Politik zur Förderung der sozialen Inklusion, insbesondere wenn sie den wichtigsten Anliegen der Menschen gerecht wird, hat positiven Einfluss auf das Vertrauen. So ergaben mehrere zwischen 1985 und 2016 durchgeführte Umfragen, dass 80 bis 100 Prozent der Menschen in mehr als 30 entwickelten Ländern und Entwicklungsländern von ihren Regierungen die Bereitstellung einer Gesundheitsversorgung für kranke Menschen erwarten.¹⁹ Es überrascht daher nicht, dass das Vertrauen steigt, wenn die Regierungen diese Erwartung erfüllen. Die zunehmende Verfügbarkeit grundlegender Gesundheitsdienste korreliert stark mit wachsendem Vertrauen zwischen den Menschen (siehe Abbildung I).

¹⁵ Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), *Perspectives on Global Development 2012: Social Cohesion in a Shifting World* (Paris, 2011).

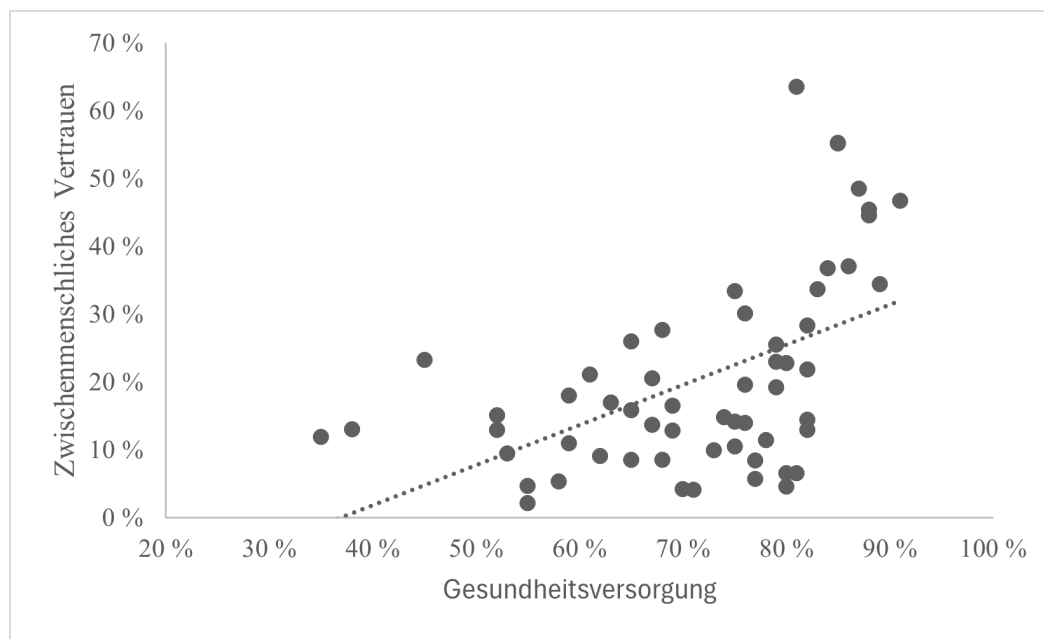
¹⁶ International Labour Office (ILO), *World Social Protection Report 2020–22: Social Protection at the Crossroads – in Pursuit of a Better Future* (Genf, 2021).

¹⁷ Margaret Levi und Laura Stoker, „Political trust and trustworthiness“, *Annual Review of Political Science*, Bd. 3 (2000).

¹⁸ OECD, *Perspectives on Global Development 2012*.

¹⁹ Insa Bechert und Markus Quandt, *ISSP Data Report: Attitudes towards the Role of Government*, Arbeitsbericht Nr. 7 (Bonn, Deutschland, GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2009), und *The Workforce We Need: Social Outlook for Asia and the Pacific* (United Nations publication, 2023).

Abbildung I
Korrelation zwischen der Verfügbarkeit grundlegender Gesundheitsdienste und dem Vertrauen in andere
 (in Prozent)

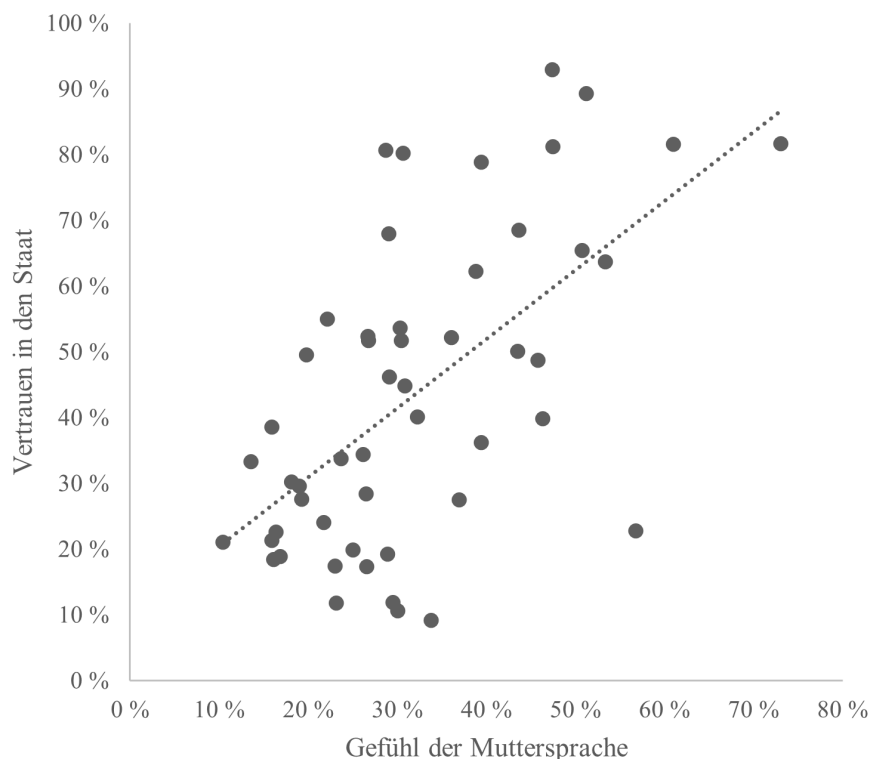


Quelle: Erstellt von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten auf der Grundlage von Daten aus Welle 7 des World Values Survey (2017–2022) sowie Weltgesundheitsorganisation und Weltbank, Tracking Universal Health Coverage: 2023 Global Monitoring Report (Genf, 2023).

Hinweis: Jeder Punkt steht für eines der 58 untersuchten Länder oder Gebiete (sowohl entwickelte Länder als auch Entwicklungsländer). „Gesundheitsversorgung“ entspricht der 2021 insgesamt verzeichneten Versorgung mit grundlegenden Gesundheitsdiensten, und zwar ausgehend von den zuletzt verfügbaren Daten des Erfassungsindex der Weltbank für allgemeine Gesundheitsversorgung. „Zwischenmenschliches Vertrauen“ bezieht sich auf den Anteil der Personen, die auf die Frage, ob den meisten Menschen vertraut werden könne oder ob im Umgang mit Menschen große Vorsicht geboten sei, antworteten: „Die meisten Menschen sind vertrauenswürdig“. Die Länderbefragung wurde im Zeitraum 2017–2022 durchgeführt.

21. Es reicht jedoch nicht aus, in der sozialen Entwicklung Erfolge zu erzielen. Wie öffentliche Einrichtungen funktionieren und auf die Anliegen der Bevölkerung reagieren, prägt ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und damit auch das Vertrauen, das die Menschen ihnen entgegenbringen. Besonders wichtig ist Partizipation: Das Vertrauen der Menschen in ihre Regierung nimmt tendenziell zu, wenn sie davon überzeugt sind, bei deren Handeln ein Mitspracherecht zu haben, da dies bedeutet, dass die Regierung ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig ist (siehe Abbildung II). In Anbetracht des oben beschriebenen engen Zusammenhangs zwischen zwischenmenschlichem Vertrauen und Vertrauen in den Staat sollte die Förderung einer transparenten, inklusiven und rechenschaftspflichtigen Verwaltungsführung eine Säule zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bilden.

Abbildung II
Korrelation zwischen dem Vertrauen in den Staat und dem Gefühl der Mitsprache bei seinem Handeln
 (in Prozent)



Quelle: Erstellt von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten auf der Grundlage von Daten aus Welle 7 des World Values Survey (2017–2022).

Hinweis: Jeder Punkt steht für eines der 51 untersuchten Länder oder Gebiete (sowohl entwickelte Länder als auch Entwicklungsländer). Das „Gefühl der Mitsprache“ gibt den Anteil der Personen an, denen zufolge das politische System ihres Landes Menschen wie ihnen „ein hohes Maß an“ oder „erhebliche“ Mitsprache in Bezug auf das staatliche Handeln einräumt. „Vertrauen in den Staat“ entspricht dem Anteil der Personen, die nach eigenen Angaben „ein hohes Maß an“ oder „recht großes Vertrauen“ in ihre nationale Regierung haben.

22. In 66 Ländern und Gebieten, bei denen es sich sowohl um entwickelte Länder als auch um Entwicklungsländer handelt, gibt es deutliche Hinweise darauf, dass die meisten Menschen den mit sozialem Zusammenhalt verbundenen Werten und Einstellungen große Bedeutung beimessen.²⁰ Auf die Frage nach den wichtigsten Eigenschaften, die Kindern

²⁰ Daten aus Welle 7 (2017–2022) des World Values Survey.

daheim vermittelt werden sollten, stimmten etwa 64 Prozent der Befragten zu, dass „Verantwortungsbewusstsein“ und „Toleranz und Respekt gegenüber anderen“ wichtig sind. Demgegenüber erklärten sich nur 30 Prozent mit individualistischeren Bestrebungen wie „Wirtschaftlichkeit, Geld sparen und Dinge aufheben“ einverstanden.

C. Aktuelle Bedrohungen des sozialen Zusammenhalts

23. Armut stellt eine der größten Bedrohungen für den sozialen Zusammenhalt dar, da Entbehrung das Wohlergehen der Menschen und ihr Gefühl von Inklusion beeinträchtigt. Relative Entbehrung, wozu Ungleichheit und Hindernisse für die soziale Mobilität gehören, schmälert das Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Gesellschaft und beeinträchtigt somit den sozialen Zusammenhalt, die Solidarität und das Gefühl von Inklusion.²¹ Seit den 1990er-Jahren hat die Einkommensungleichheit in den meisten Ländern zugenommen: Die Einkommensunterschiede zwischen den obersten 10 Prozent und den unteren 50 Prozent der Bevölkerung innerhalb eines Landes haben sich nahezu verdoppelt.²² Es sind genau diese Ungleichheiten, die sich im Alltag am stärksten bemerkbar machen und den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen unmittelbar untergraben. In den Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geben 31 Prozent der Menschen in der Gruppe mit niedrigem Einkommen an, ihrer Regierung mäßig oder stark zu vertrauen, verglichen mit 46 Prozent in der Gruppe mit hohem Einkommen. Ebenso geht das Gefühl finanzieller Unsicherheit einher mit einem geringeren Vertrauen in die nationalen Regierungen. Die Krise bei den Lebenshaltungskosten betrifft Milliarden von Menschen und verschärft die Ernährungsunsicherheit in mehreren Teilen der Welt. Steigende Preise beziehungsweise Inflation stehen auf der Liste der Besorgnisse der Menschen in den OECD-Ländern ganz oben: 58 Prozent der Bevölkerung stufen dies als eines der drei größten Probleme für ihr Land ein.²³

24. Ein weiteres Hemmnis für die soziale Inklusion ist Diskriminierung, der schätzungsweise jede sechste Person in irgendeiner Form unterliegt.²⁴ Frauen sind unverhältnismäßig stark betroffen. Nach dem Index für geschlechtsspezifische soziale Normen²⁵ haben fast 9 von 10 Männern und Frauen in den entwickelten Ländern ebenso wie in den Entwicklungsländern Vorurteile gegenüber Frauen. Der Index blieb zwischen den beiden Zyklen, in denen er erstellt wurde, unverändert, was zeigt, wie tief vorurteilsbehaftete soziale Normen verwurzelt sind.²⁶ Zudem werden lesbische, schwule, bisexuelle, Transgender- und intersexuelle Personen sowie Angehörige anderer sexueller Minderheiten in 87 Prozent aller Länder

²¹ *Social Cohesion* (United Nations publication).

²² Lucas Chancel et al., *World Inequality Report 2022* (Paris, World Inequality Lab, 2021).

²³ OECD, *Survey on Drivers of Trust in Public Institutions: 2024 Results – Building Trust in a Complex Policy Environment* (Paris, 2024).

²⁴ *Bericht über die Ziele für nachhaltige Entwicklung 2024* (United Nations publication, 2024). Auf Deutsch verfügbar unter https://www.un.org/german/sites/default/files/2024-09/SDG_2024.pdf.

²⁵ Der Index für geschlechtsspezifische soziale Normen quantifiziert Vorurteile gegenüber Frauen anhand der Einstellungen zur Rolle der Frau in vier wichtigen Dimensionen: Politik, Bildung, Wirtschaft und körperliche Unversehrtheit.

²⁶ Die beiden Zyklen wurden zwischen 2010 und 2014 sowie zwischen 2017 und 2022 durchgeführt. Siehe UNDP, „2023 gender social norms index: breaking down gender biases – shifting social norms towards gender equality“ (New York, 2023).

weltweit in ihrer Identität nicht anerkannt und haben kein Recht auf volle Staatsbürgerschaft.²⁷ Nach Daten der OECD geht die Identifikation als Mitglied einer diskriminierten Gruppe sowohl mit einem geringeren Vertrauen in Institutionen als auch mit einem geringeren Vertrauen in andere Menschen einher, was verdeutlicht, wie sich mangelnde soziale Inklusion auf Vertrauen und Zusammenhalt auswirkt.²⁸

25. Als Ursache für die Marginalisierung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen wurde politische Polarisierung, insbesondere aufgrund von sozioökonomischer Ausgrenzung und Mobilitätshindernissen, genannt. Polarisierung ist häufig das Ergebnis eines verstärkten Zusammenhalts innerhalb von Gruppen, der auf Kosten eines Gefühls von Vertrauen und Verbundenheit auf gesellschaftlicher Ebene geht. In mehreren Ländern nimmt sie zu, oft im Gefolge von Schocks wie Finanzkrisen.²⁹ Ein weiterer Faktor, der zu diesem Phänomen beiträgt, sind die sozialen Medien, die erheblich an der Verstärkung der politischen Polarisierung beteiligt sind. Digitale Algorithmen verleihen extremen Inhalten oft eine größere Sichtbarkeit, während sie den Kontakt mit abweichenden Standpunkten begrenzen, wodurch „Echokammern“ entstehen, die eine weitere Polarisierung begünstigen und die Ausbreitung von Fehlinformationen und Desinformation in beispiellosem Ausmaß vorantreiben. Dies erschwert die Verständigung und das Einvernehmen über grundlegende Tatsachen, was den Spielraum für den öffentlichen Dialog, die Möglichkeiten für kollektives Handeln und das Vertrauen in die Institutionen einschränkt.

26. Geopolitische Spannungen verstärken soziale Ängste und das Gefühl von Unsicherheit, was den sozialen Zusammenhalt untergräbt. Derzeit leben 1,2 Milliarden Menschen in von Konflikten betroffenen Gebieten, so viele wie noch nie zuvor. Besorgnisse über Klimawandel, Umweltzerstörung, den Verlust von Arbeitsplätzen, Cybersicherheit und die Konfrontation mit Vorurteilen, Sexismus oder Rassismus nehmen in mehreren Ländern zu.³⁰ Menschen, die sich subjektiv weniger sicher fühlen, halten andere mit dreimal geringerer Wahrscheinlichkeit für vertrauenswürdig, ein Trend, der in den Industrieländern besonders ausgeprägt ist.³¹ Dieses Gefühl der Unsicherheit wird durch den Eindruck verstärkt, dass die Regierungen massive und komplexe Probleme wie den Klimawandel nicht umfassend bewältigen können und anfällig für missbräuchliche Einflussnahme durch mächtige private Akteure sind.³²

27. Diese verschiedenen Trends erfordern allesamt eine integrierte Politikstrategie, die sowohl an grundlegenden sozialpolitischen Bedürfnissen ansetzt als auch eine inklusive, transparente und rechenschaftspflichtige Verwaltungsführung fördert. Gemeinsam können derartige Bemühungen zur Förderung der sozialen Inklusion und zur Stärkung des Vertrauens in öffentliche Institutionen beitragen, beides wesentliche Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt.

²⁷ UNDP, 2022 *Special Report: New Threats to Human Security in the Anthropocene – Demanding Greater Solidarity* (New York, 2022).

²⁸ OECD, *Survey on Drivers of Trust in Public Institutions*.

²⁹ *Human Development Report 2021/2022: Uncertain Times, Unsettled Lives – Shaping Our Future in a Transforming World* (United Nations publication, 2022).

³⁰ Ebd.

³¹ UNDP, 2022 *Special Report*.

³² OECD, *Survey on Drivers of Trust in Public Institutions*.

III. Politikmaßnahmen zur Förderung der sozialen Inklusion zugunsten eines stärkeren sozialen Zusammenhalts

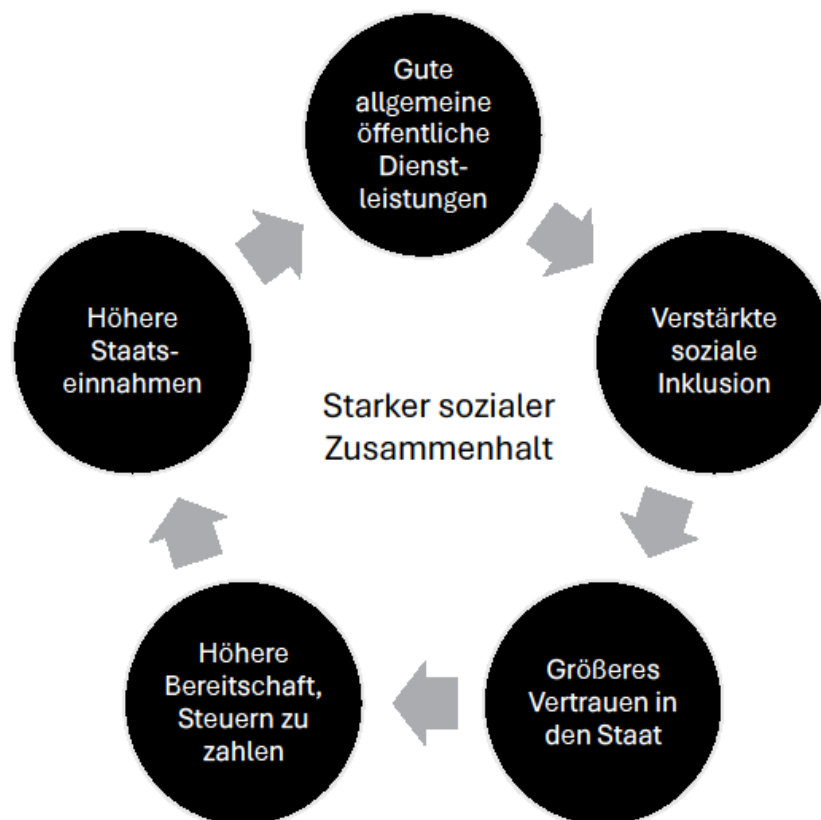
28. Angesichts dessen, dass Milliarden von Menschen zurückgelassen werden und in einer Spirale aus Armut, Arbeitslosigkeit, informeller Beschäftigung, Unsicherheit und Verwundbarkeit gefangen sind, ist es unabdingbar, dass die Regierungen in wirksame, resiliente und weithin akzeptierte Politikmaßnahmen investieren.

29. Zentrale Elemente einer solchen Agenda sind ein wirksames Steuersystem, berechenbare und angemessen gesicherte Einkommen, eine bezahlbare Gesundheitsversorgung, eine hochwertige Bildung und menschenwürdige Arbeitsplätze, wodurch Aufstiegschancen, Inklusion und sozialer Fortschritt gefördert werden. Die Verfügbarkeit menschenwürdiger Arbeitsplätze und der Zugang zu fairen und sorgfältig konzipierten Steuer- und Sozialleistungssystemen erhöhen die Einkommenssicherheit, das Gefühl von Inklusion und das Vertrauen zwischen Menschen und in Institutionen, steigern die Arbeitsproduktivität und tragen zu Verhaltensänderungen hin zu gesünderem Leben, langfristiger Planung und Vermögensbildung bei. Zudem fördern sie die Selbstbestimmung von Mädchen und Frauen, bewahren Haushalte vor dem Verkauf von Produktionsmitteln aufgrund von Krankheit oder Arbeitsplatzverlust und ermöglichen es ihnen, sich stattdessen vorrangig um Belange wie die Ernährung und Bildung der Kinder zu kümmern.

30. In Zeiten mehrfacher und sich überschneidender Krisen erlangen solche Maßnahmen noch größere Bedeutung, wenn es darum geht, die Widerstandsfähigkeit zu stärken und die Menschen und die Gesellschaft besser für die anstehenden, mit dem Klimawandel, der Bevölkerungsalterung und der Digitalisierung verbundenen Herausforderungen zu wappnen. Dagegen birgt ein Weitermachen wie bisher die Gefahr, dass sich die bestehende Kluft vergrößert und immer mehr Menschen zurückgelassen werden. Um wirksam und inklusiv zu sein, sollten die Politikmaßnahmen zudem an den spezifischen Hindernissen ansetzen, die die vollständige Inklusion, beispielsweise für junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Gruppen in prekären Situationen, beeinträchtigen.

31. Von zentraler Bedeutung für einen erfolgreichen Reformprozess sind Vertrauen und Solidarität, gestützt auf kompetente, transparente, rechenschaftspflichtige und sorgfältig koordinierte Institutionen, die bei der Gestaltung, Durchführung und Überwachung von Politikmaßnahmen und Programmen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz verfolgen, unter anderem durch konstruktive Konsultationen mit den wichtigsten Interessenträgern, insbesondere aus marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Anfänglich hält geringes Vertrauen in die Institutionen die Regierungen möglicherweise davon ab, ihre Politikmaßnahmen und Programme, beispielsweise zu Steuer- und Transfersystemen, zu reformieren, doch lässt sich dieser Trend umkehren, wenn nachgewiesen wird, dass die höheren Steuereinnahmen fair und berechenbar und im Einklang mit den kommunizierten Verpflichtungen ausgegeben werden, wodurch ein positiver Kreislauf aus Investitionen in hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Vertrauensbildung in Gang gesetzt wird (siehe Abbildung III).

Abbildung III
Positiver Kreislauf von Sozialpolitik und sozialem Zusammenhalt



Quelle: Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten.

A. Förderung menschenwürdiger Arbeit

32. Derzeit sind rund 2 Milliarden Arbeitskräfte, das heißt etwa 60 Prozent der globalen Erwerbsbevölkerung, informell beschäftigt. Davon leben 241 Millionen in extremer Armut und 423 Millionen in mäßiger Armut, was einem Anstieg von 1 Million beziehungsweise 8,4 Millionen gegenüber 2022 entspricht.³³ Zwischen 2019 und 2024 stieg die Zahl der informell Beschäftigten um mehr als 129 Millionen, ein klares Indiz dafür, dass nicht genügend menschenwürdige Arbeitsplätze entstehen und zu wenige informelle Arbeitsplätze in formelle umgewandelt werden.

33. Anders als bei den meisten informellen Arbeitsplätzen ist menschenwürdige Arbeit eine produktive Tätigkeit, die durch die Achtung der Arbeitnehmerrechte, den sozialen Dialog und den Zugang zum Sozialschutz gekennzeichnet ist. Die grundlegenden Prinzipien

³³ ILO, *World Employment and Social Outlook: Trends 2024* (Genf, 2024).

und Rechte bei der Arbeit sind für unser soziales und wirtschaftliches Leben entscheidend wichtig und umfassen die Vereinigungsfreiheit und die effektive Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen, die effektive Abschaffung der Kinderarbeit, die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sowie das Recht auf ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld. Menschenwürdige Arbeit ist für die Minderung der Armut und den Abbau von Ungleichheit unerlässlich. Sie ist ein wichtiger Weg zu sozialer Inklusion, denn menschenwürdige Arbeitsplätze stellen nicht nur eine Einkommensquelle dar, sondern vermitteln den Menschen auch ein Gefühl der Teilhabe am wirtschaftlichen Leben sowie ein Gefühl von Würde und Identität. Zudem ist sie ein zentrales Element des Wohlergehens und der Inklusion der Menschen, indem sie ihnen einen existenzsichernden Lohn und Zugang zu Gesundheitsversorgung und Sozialschutz ermöglicht, wodurch negative Bewältigungsstrategien, etwa bei Krankheit oder Arbeitsplatzverlust, vermieden werden.

34. Mehrere Megatrends, darunter ein erhöhter Bedarf an grünen und digitalen Arbeitsplätzen und einer Festigung der Solidarität zwischen den Generationen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung, bieten Chancen für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, mehr Steuereinnahmen und höhere Sozialversicherungsbeiträge, wodurch die nicht beitragspflichtigen Sozialschutzsysteme entlastet werden. Menschenwürdige Arbeit fördert somit ein inklusives Wirtschaftswachstum, dessen Vorteile der gesamten Bevölkerung zugutekommen.

35. Um das Ziel einer menschenwürdigen Beschäftigung für alle erfolgreich zu verwirklichen, müssen sowohl neue menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen als auch informelle Arbeitsplätze in formelle menschenwürdige Arbeitsplätze überführt werden.

B. Investitionen in den Sozialschutz

36. Trotz aller Vorteile, die Sozialschutzsysteme bieten, sind nahezu 48 Prozent der Weltbevölkerung beim Umgang mit kovariaten Schocks und normalen Lebensumständen wie Alter, Krankheit, Geburt eines Kindes oder Verlust des Arbeitsplatzes völlig auf sich allein gestellt.³⁴ Allgemein fällt die Absicherung je nach Ländereinkommensgruppe sehr unterschiedlich aus. In Ländern mit hohem Einkommen und Ländern der mittleren Einkommensgruppe (oberer Bereich) liegt sie bei 86 beziehungsweise 71 Prozent. In Ländern der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich) sind nur 32 Prozent der Bevölkerung abgesichert, in Ländern mit niedrigem Einkommen sogar weniger als 10 Prozent.

37. Für diese mangelnde Absicherung gibt es zwei wesentliche Gründe. Erstens wird deutlich zu wenig in umfassende nationale Sozialschutzsysteme investiert, weshalb keine durchdachten Systeme vorhanden sind und institutionelle und administrative Lücken bestehen. Zweitens mangelt es an menschenwürdigen Arbeitsplätzen. Erwerbstätige in formeller Beschäftigung sind in der Regel durch beitragspflichtige Sozialschutzsysteme abgesichert, in den meisten Fällen durch eine Sozialversicherung, die verschiedene Lebensrisiken abdeckt. Diese Systeme bieten in der Regel einen höheren Leistungsumfang, und die Absicherung erstreckt sich häufig auch auf andere Familienmitglieder. Sie werden in den meisten Fällen durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanziert, und die Risiken werden nach dem Solidaritätsprinzip auf die Mitglieder verteilt. Frauen, Menschen mit Behinderungen und

³⁴ ILO, *World Social Protection Report 2024–26: Universal Social Protection for Climate Action and a Just Transition* (Genf, 2024).

Gruppen in prekären Situationen sind in solchen Systemen unterrepräsentiert, da sie in geringerem Maße am Arbeitsmarkt teilnehmen und häufig übermäßig stark in der informellen Wirtschaft beschäftigt sind.

38. Investitionen in einen inklusiven Sozialschutz können Ungleichheit und Armut deutlich verringern und zugleich den sozialen Zusammenhalt stärken. Ein universelles, auf Vertrauen und den Grundsatz der Solidarität gestütztes Sozialschutzkonzept gewährleistet Einkommenssicherheit und Unterstützung im gesamten Lebensverlauf durch eine Kombination beitragspflichtiger und beitragsfreier Leistungen und fördert zugleich ein Gefühl von Fairness und Inklusivität. In vielen Entwicklungsländern sind die Systeme jedoch eher klein, auf einen bestimmten Personenkreis ausgerichtet, fragmentiert, unkoordiniert und doppelt vorhanden und daher nicht kostenwirksam. Diese Regelungen sollten durch ein umfassendes und sorgfältig koordiniertes System, das beitragspflichtige mit beitragsfreien Leistungen kombiniert, ersetzt werden.

39. Nach Schätzungen aus Asien und dem Pazifikraum könnte ein Basispaket universeller beitragsfreier Leistungen für Kinder sowie bei Invalidität und Alter in Höhe der im Welt-durchschnitt gewährten Leistungen die Armut um durchschnittlich 42 Prozent verringern und den Zugang zu anderen grundlegenden Angeboten erheblich verbessern.³⁵ Zudem deuten Daten aus der Region auf einen starken positiven Zusammenhang zwischen Vertrauen und Sozialschutz hin. Tatsächlich scheint das Vertrauen selbst dann zu steigen, wenn die Ausweitung der Absicherung mit einem niedrigeren Leistungsumfang einhergeht.

40. Der Aufbau eines inklusiven, wirksamen und auf Dauer tragfähigen Sozialschutzsystems muss auf einer klaren Vision und gemeinsamen Sichtweisen der Beschäftigten, Arbeitgeberinnen und -geber und anderer wichtiger Interessenträger beruhen. Es muss auf Rechte gegründet sein und für alle Menschen im gesamten Lebensverlauf eine Absicherung gegen die wichtigsten Lebensrisiken gewährleisten. Dies erfordert finanzielle Mittel, die sich jedoch mit politischem Willen und öffentlichem Vertrauen in der Regel in ausreichendem Umfang aufbringen lassen. In Niedrigeinkommensländern muss eine universelle Absicherung möglicherweise durch internationale Solidarität unterstützt werden.

41. Um das Vertrauen in das System aufrechtzuerhalten, müssen die Leistungsansprüche und Bewertungen der Anspruchsberechtigung klar, finanziell tragfähig, diskriminierungsfrei, auf Rechte gegründet und leicht verständlich und kommunizierbar sein, und die Leistungsgewährung muss regelmäßig und berechenbar erfolgen. Dazu sind kompetente, gut geführte und rechenschaftspflichtige Institutionen vonnöten.

C. Schutz der menschlichen Gesundheit

42. Ohne Zugang zu einer bezahlbaren Gesundheitsversorgung oder Krankengeld bedeutet eine gewöhnliche Erkrankung oft, dass die Betroffenen, während sie krank oder gar ansteckend sind, weiterarbeiten oder ohne Einkommen daheim bleiben müssen. Bei Kindern, insbesondere in den ersten 1.000 Lebenstagen, können Armut und Entbehrung zu Fehlernährung und anderen gesundheitlichen Defiziten führen, was gravierende Folgen für die schulischen Leistungen und die Beschäftigungsmöglichkeiten im Erwachsenenalter hat. Ältere Menschen, die keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung haben, sind in vielen Fällen

³⁵ *The Workforce We Need* (United Nations publication).

gezwungen, ihre Berufstätigkeit fortzusetzen oder sich von anderen Familienmitgliedern finanziell unterstützen zu lassen.

43. Durch schlechte Gesundheit werden Ungleichheit und Ausgrenzung weiterhin verschärft. Obwohl einfache Behandlungen und Präventivmaßnahmen verfügbar sind, sterben alljährlich rund 440.000 Kinder unter 5 Jahren an Durchfallerkrankungen³⁶, etwa 3,2 Millionen Menschen an Belastungen der Innenraumluft (vor allem durch den Betrieb offener Kochfeuer mit schmutzigen Brennstoffen)³⁷ und fast 3 Millionen Erwerbstätige an vermeidbaren Unfällen und Krankheiten³⁸.

44. Grund dafür ist, dass 60 Prozent der Weltbevölkerung unzureichend mit unentbehrlichen Gesundheitsdiensten versorgt sind.³⁹ Hohe Gesundheitsausgaben aus eigener Tasche stellen ein erhebliches Gesundheitsrisiko und eine große finanzielle Belastung für die Bevölkerung dar. Jedes Jahr geraten etwa 2 Milliarden Menschen aufgrund von Ausgaben für Gesundheitsleistungen in finanzielle Bedrängnis. Eine Milliarde Menschen ist mit ruinösen Gesundheitskosten konfrontiert, das heißt ihre Ausgaben für die Gesundheit übersteigen 10 Prozent der gesamten Haushaltsausgaben oder -einkünfte. 2021 trieben die Gesundheitskosten der Haushalte 344 Millionen Menschen in extreme Armut. In anderen Fällen nehmen die Betroffenen möglicherweise keine Behandlung in Anspruch oder warten zu lange und sterben somit vorzeitig.

45. Allgemein gilt: Je höher die Gesundheitsausgaben insgesamt sind, desto niedriger sind die Eigenleistungen. Der Staat muss daher angemessene Mittel bereitstellen, um die Gesundheitsversorgung auszuweiten, insbesondere für Menschen in prekären Situationen. 2020 beliefen sich die gesamten Gesundheitsausgaben weltweit auf durchschnittlich etwa 11 Prozent des aggregierten Bruttoinlandsprodukts (BIP).⁴⁰ Auf die Hoheinkommensländer, in denen 15 Prozent der Weltbevölkerung leben, entfielen etwa 80 Prozent aller weltweiten Gesundheitsausgaben. Der entsprechende Anteil der Niedrigeinkommensländer und Länder der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich), die mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung stellen, betrug nur etwas mehr als 4 Prozent.

46. Eine bezahlbare und hochwertige Gesundheitsversorgung für alle ist Voraussetzung für Wohlergehen und ein produktives Leben. Sie bewahrt die Haushalte vor finanziellen Härten, die durch gesundheitliche Notlagen bedingt sind, trägt zu Wirtschaftswachstum und Inklusion bei und stärkt das Vertrauen in den Staat. Ebenso wichtig wie die Bezahlbarkeit der Gesundheitsversorgung ist aber auch ihre Qualität. Alljährlich sterben in Niedrig- und Mitteleinkommensländern bis zu 8,4 Millionen Menschen aufgrund einer Gesundheitsversorgung von geringer Qualität. Schätzungen zufolge könnte mehr als die Hälfte dieser Todesfälle durch hochwertige Gesundheitssysteme verhindert werden.⁴¹

47. Eine allgemeine Gesundheitsversorgung zeichnet sich durch bezahlbare und hochwertige Gesundheitsangebote für alle aus. Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung hin zu

³⁶ World Health Organization (WHO), „Diarrhoeal disease“, 7. März 2024.

³⁷ WHO, „Household air pollution“, 16. Oktober 2024.

³⁸ ILO, *Enhancing Social Dialogue Towards a Culture of Safety and Health: What Have We Learned from the COVID-19 Crisis?* (Genf, 2022).

³⁹ WHO and World Bank Group, *Tracking Universal Health Coverage: 2023 Global Monitoring Report* (Genf, 2023).

⁴⁰ WHO, *Global Spending on Health: Rising to the Pandemic's Challenges* (Genf, 2022).

⁴¹ WHO, *Organizing Health Care Services to Ensure Universal Health Coverage* (Genf, Juli 2023).

einer allgemeinen Gesundheitsversorgung sollte zunächst die Absicherung für einkommensschwächere Gruppen und für Menschen in prekären Situationen ausgeweitet werden. Was systemische Veränderungen betrifft, so sollte der Schwerpunkt auf der integrierten und koordinierten Stärkung der Primärversorgung als Eintrittspunkt in die Gesundheitsversorgung liegen. Begleitend dazu muss die Verfügbarkeit von zugänglichen Einrichtungen und Angeboten der Primärversorgung sowie des Gesundheitspersonals gesteigert werden.⁴²

48. Darüber hinaus sollte sich der Gesundheitsschutz nicht nur auf die einzelnen Beschäftigten, sondern auf alle Haushaltsmitglieder erstrecken. Durch die Integration der allgemeinen Gesundheitsversorgung in den Sozialschutz lässt sich sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird. In dieser Hinsicht kann der Sozialschutz im Bereich Gesundheit den Zugang zu Gesundheitsversorgung ohne finanzielle Härten erleichtern, auch durch die Entschädigung von Beschäftigten für krankheitsbedingte Verdienstaussfälle.⁴³

49. Durch die Bereitstellung einer Gesundheitsversorgung im gesamten Lebensverlauf können Politikverantwortliche die Inklusion verbessern, die Solidarität fördern und das Vertrauen in die Institutionen und den Staat stärken.

D. Gewährleistung des Zugangs zu hochwertiger Bildung

50. Ein niedrigerer Bildungsgrad schränkt den Zugang zu wichtigen Chancen im späteren Leben ein, auch in Bezug auf die Befriedigung der Bedürfnisse in den Bereichen Arbeit, Ernährung und Hygiene. Aufgrund dieser zentralen Rolle ist die Bildung ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Entwicklung und ein wichtiger Weg zu sozialer Inklusion und sozialer Mobilität. Was den Abschluss einer Grundschulbildung betrifft, so liegen die Quoten in einigen Ländern noch immer bei nur 34 Prozent.⁴⁴

51. Nicht nur die Abschlussquoten variieren je nach Land erheblich, sondern auch die Qualität und Relevanz der Bildung. Dieses Problem ist zum Teil durch den Mangel an Lehrkräften und fehlende Qualifikationen, zum Teil durch überholte Lehrpläne sowie veraltete und unzugängliche Schulausstattung und Infrastruktur bedingt. Alle diese Aspekte müssen aktualisiert und überarbeitet werden, nicht nur, um den künftigen Anforderungen des Arbeitsmarkts zu genügen und den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern, sondern auch, um die Chancen der kommenden Generationen zu erhöhen, die Risiken von Armut und Verwundbarkeit zu vermeiden und eine menschenwürdige Arbeit zu finden. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund der digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft und in Anbetracht dessen, dass die Bildungssysteme gefordert sind, den Schülerinnen und Schülern die zur Deckung des künftigen Arbeitskräftebedarfs benötigten Fähigkeiten zu vermitteln.

52. Wenngleich sich der Mangel an Lehrkräften weltweit bemerkbar macht, bietet Afrika südlich der Sahara ein besonders augenfälliges Beispiel. 2019 lag die Schüler-Lehrer-Relation in der Region im Grundschulbereich im Durchschnitt bei 38:1, in mehreren Ländern

⁴² WHO, „Universal health coverage“.

⁴³ ILO, „Towards universal health coverage: social health protection principles“, Social Protection Spotlight brief, Januar 2020.

⁴⁴ Siehe <https://data.uis.unesco.org/index.aspx?queryid=3694> (abgerufen am 10. Oktober 2024).

sogar bei über 50:1. In den OECD-Ländern betrug der Durchschnitt 15:1.⁴⁵ Bei qualifizierten Lehrkräften ist diese Relation weitaus höher. Der durchschnittliche Anteil der Lehrkräfte in der Region, die über die erforderlichen Mindestqualifikationen verfügen, belief sich 2019 auf 65 Prozent (ein Rückgang gegenüber 84 Prozent im Jahr 2000). Im Sekundarbereich besaß nur etwa die Hälfte aller Lehrkräfte die benötigten Mindestqualifikationen.⁴⁶

53. Kaum ein soziales Thema ist so gut erforscht und dokumentiert wie der soziale und wirtschaftliche Nutzen von Investitionen in die Bildung, sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei den Gesundheitsergebnissen oder in Bezug auf die Ernährungssicherheit. Trotz dieser Fülle an Wissen sind die Investitionen in eine hochwertige, inklusive und zugängliche Bildung längst nicht ausreichend. Dies gilt auf allen Ebenen der Bildung, nicht nur von der Grundschul- bis zur Hochschulbildung, sondern auch für die Möglichkeiten lebenslangen Lernens. Zudem muss die Zahl der qualifizierten Lehrkräfte dringend erhöht werden.

54. Es bedarf eines neuen und umfassenden Ansatzes für den Lehrberuf, die allgemeine und berufliche Bildung und die Weiterqualifizierung, auch um den mit dem Klimawandel verbundenen ökologischen Wandel, den mit der raschen Bevölkerungsalterung verbundenen demografischen Wandel und den mit der Digitalisierung verbundenen technologischen Wandel zu bewältigen.

E. Einführung fairer und wirksamer Steuersysteme

55. In vielen Niedrig- und Mitteleinkommensländern sind die Steuereinnahmen zu gering, um Wirkung zu entfalten, da die Einhaltung der Vorschriften unzureichend, die Durchsetzung schwach und das System mangelhaft konzipiert ist. Durchdachte Steuersysteme können ausreichende Einnahmen erbringen, um Investitionen in kritischen Bereichen, darunter im Sozialsektor, zu unterstützen und so die soziale Inklusion zu fördern und zugleich den neuen Bedürfnissen und Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer grüneren und stärker digitalisierten Wirtschaft Rechnung zu tragen. Aufgrund ihrer Umverteilungswirkung sind progressive Einkommenssteuern als Mittel zur Verringerung der Ungleichheit vorzuziehen. In vielen europäischen Ländern können Transferzahlungen und Steuern den Gini-Koeffizienten um mehr als 40 Prozent senken, während es in Ländern wie Côte d'Ivoire, der Dominikanischen Republik, Indien, Paraguay und Vietnam weniger als 4 Prozent sind.⁴⁷

56. Viele Länder verfügen eindeutig über den nötigen Spielraum für eine Erhöhung des Steueraufkommens. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen erheben tendenziell weniger Steuern als Länder mit hohem Einkommen.⁴⁸ Der Anteil der Steuereinnahmen am

⁴⁵ OECD, „Class size and student-teacher ratios“, Unterpunkt Politik (abgerufen am 30. September 2024).

⁴⁶ International Task Force on Teachers for Education 2023, „Closing the gap: ensuring there are enough qualified and supported teachers in sub-Saharan Africa“ (Paris, United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, 2021).

⁴⁷ ILO, *World Social Protection Report 2020–22*.

⁴⁸ Viele Entwicklungsländer könnten ihre Steuerquote durch Steuerreformen und Kapazitätsaufbau um bis zu 9 Prozent ihres BIP erhöhen. Siehe *Financing for Sustainable Development Report 2024: Financing for Development at a Crossroads* (United Nations publication, 2024).

BIP ist je nach Land sehr unterschiedlich und reicht von weniger als 10 Prozent in einigen Niedrigeinkommensländern bis zu 47 Prozent in Hocheinkommensländern.⁴⁹

57. Zudem werden die Systeme oft als ungerecht empfunden, insbesondere was die Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften bei vermögenden Personen betrifft.⁵⁰ Wie Umfragen, insbesondere in Afrika, ergeben, glauben die Menschen nicht, dass ihre Steuern die erbrachten Dienstleistungen verbessern, und in den meisten Ländern hat mehr als die Hälfte aller Steuerpflichtigen kein Vertrauen in ihre Steuerverwaltung.⁵¹ Auch in Lateinamerika und der Karibik ist das Vertrauen in die Steuerverwaltungen gering und liegt beispielsweise in Argentinien und Brasilien bei etwa 20 Prozent.⁵²

58. Ein hohes Maß an Vertrauen in die Steuersysteme und -verwaltungen trägt maßgeblich dazu bei, die Einhaltung der Steuervorschriften zu verbessern und die Unterstützung der Öffentlichkeit für Steuerreformen zu gewinnen.⁵³ Mehreren Studien zufolge erhöht Vertrauen in das System und die Verwaltung sowie in die Durchsetzungsbefugnisse der Steuerbehörden die Einhaltung der Steuervorschriften und verringert die Steuerhinterziehung.⁵⁴ Vertrauen allein fördert bereits die freiwillige Einhaltung. Wenngleich die Durchsetzung durch Zwang verschärft werden kann, wird die freiwillige Einhaltung nur dann zunehmen, wenn die Menschen der Verwaltung vertrauen.

59. Von zentraler Bedeutung für die Verringerung der Reichtums- und Einkommensungleichheit und die gleichzeitige Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist auch ein progressives, auf den Grundsätzen der Solidarität beruhendes Steuersystem mit klaren Umverteilungszielen.

60. Die Besteuerung des Grundverbrauchs ist allgemein regressiv und armutsfeindlich und trifft die Ärmsten unverhältnismäßig stark. Dennoch machen diese Steuern in vielen Ländern einen erheblichen Teil des gesamten Steueraufkommens aus. Eine progressive Besteuerung von Einkommen, Gewinnen und Vermögen bedeutet eine Verlagerung von Steuern auf den (in der Regel leichter zu erfassenden) Verbrauch hin zur Besteuerung des Einkommens von Personen und Unternehmen.⁵⁵ In Anbetracht des hohen Grads an Informalität auf dem Arbeitsmarkt müssen die Politikmaßnahmen auch auf den Übergang zu formeller Beschäftigung abzielen.

⁴⁹ Nach Daten der Längsschnittdatenbank des Internationalen Währungsfonds zu den Staatseinnahmen für mehrere Länder der Welt im Zeitraum 2009–2022. Verfügbar unter www.imf.org/en/Topics/fiscal-policies/world-revenue-longitudinal-database (abgerufen am 30. September 2024).

⁵⁰ Roel Dom et al., *Innovations in Tax Compliance: Building Trust, Navigating Politics, and Tailoring Reform* (Washington, Weltbankgruppe, 2022).

⁵¹ Michael Bratton und E. Gyimah-Boadi, „Do trustworthy institutions matter for development? Corruption, trust, and government performance in Africa“, Afrobarometer Dispatch Nr. 112, 23. August 2016, und Thomas Isbell, „Tax compliance: Africans affirm civic duty but lack trust in tax department“, Afrobarometer Policy Paper Nr. 43, Dezember 2017.

⁵² OECD, *Government at a Glance: Latin America and the Caribbean 2020* (Paris, 2020).

⁵³ Roel Dom et al., *Innovations in Tax Compliance*.

⁵⁴ Larissa Batrancea et al., „Trust and power as determinants of tax compliance across 44 nations“, *Journal of Economic Psychology*, Bd. 74, Oktober 2019.

⁵⁵ Esteban Ortiz-Ospina und Max Roser, „Taxation: taxes are the most important source of government revenue. Who is paying how much and how do tax systems differ?“, Our World in Data (abgerufen am 30. September 2024).

61. Die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen kann die Regierungen bei ihren Bemühungen um eine fairere und wirksamere Besteuerung unterstützen. Im Einklang mit der Aktionsagenda von Addis Abeba der dritten Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und der laufenden Arbeit an einem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen werden die Mitgliedstaaten ermutigt, zusammenzuarbeiten, um die Transparenz zu steigern und geeignete Politikmaßnahmen zu beschließen. Die vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die für 2025 anberaumt ist, wird die Gelegenheit für weitere Fortschritte bei der Unterstützung der Länder hinsichtlich der Verbesserung der Steuersysteme und der Stärkung der steuerlichen Zusammenarbeit bieten.

F. Förderung einer transparenten, inklusiven und rechenschaftspflichtigen Verwaltungsführung

62. Die Menschen sind weniger bereit, Regierungen, die in ihrer Wahrnehmung korrupt sind, undurchsichtig agieren oder nicht auf ihre Bedürfnisse eingehen, zu vertrauen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wie aus Abbildung II (siehe Abschnitt II.B) hervorgeht, vertrauen die Menschen ihrer Regierung eher nicht, wenn sie das Gefühl haben, dass sie ihnen keine Mitsprache in Bezug auf das Regierungshandeln einräumt. Wird die Öffentlichkeit nicht konsultiert und konstruktiv in die Gestaltung, Umsetzung und Überwachung sozialpolitischer Maßnahmen eingebunden, untergräbt dies die soziale Gerechtigkeit und die Fähigkeit der Regierungen, eine Politik zu verfolgen, die inklusiv und für die drängendsten Entwicklungsprobleme relevant ist.

63. Der soziale Dialog zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden ist ein wesentliches Instrument der Arbeitsmarktsteuerung, das die Vertrauensbildung in der Gesellschaft fördert. Er bietet den wichtigsten Akteuren der Arbeitswelt die Möglichkeit, einen Ausgleich zwischen Chancengerechtigkeit und Effizienz zu schaffen, und trägt so zum sozialen Zusammenhalt und zur sozialen Entwicklung bei.

64. Institutionelle Mechanismen und Praktiken, die die Rechenschaftspflicht der Regierung und die Beteiligung der Öffentlichkeit fördern, sind ein zentrales Element der Agenda 2030 und ermöglichen eine wirksamere Verwaltungsführung, die ihrerseits das Vertrauen und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Rechenschaftspflicht bedeutet, dass Institutionen und Bedienstete bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben oder Pflichten zur Rechenschaft gezogen werden.⁵⁶ Sie hängt ab von den Transparenzbemühungen, die unternommen werden, um politikbezogene Informationen und Statistiken entsprechend den Grundprinzipien der amtlichen Statistik zugänglich, relevant und unparteiisch zu machen und den Menschen so eine angemessene Bewertung der Regierungsarbeit zu ermöglichen. Zur Rechenschaftspflicht gehört, sicherzustellen, dass die Mittel ihrem vorgesehenen Zweck dienen, indem Verschwendung, Misswirtschaft und Korruption bekämpft werden.

65. Während der COVID-19-Pandemie waren Regierungen, die sich auf evidenzbasierte Informationen und fundierte wissenschaftliche Beratung stützten und diese durch transparente, überzeugende und prägnante Botschaften vermittelten, eher in der Lage, eine positive Bürgerbeteiligung zu erreichen. Partizipative Aufsichtsmechanismen trugen ebenfalls zur

⁵⁶ *World Public Sector Report 2015: Responsive and Accountable Public Governance* (United Nations publication, 2015).

Wirksamkeit der Gegenmaßnahmen bei, indem sie den Zugang zu Informationen verbesserten und die Rechenschaftspflicht der Regierungen erhöhten. Transparente Kommunikation, inklusive Beteiligung und Rechenschaftspflicht erwiesen sich als einander verstärkende Elemente, die wirksame Politikmaßnahmen unterstützten.⁵⁷

66. Die Mitsprache, das Wissen und die Mitwirkung von Bevölkerungsgruppen, die unterrepräsentiert oder marginalisiert sind oder sich in einer prekären Situation befinden, sind für die Einführung von Systemen und Programmen, die Vertrauen und breite Unterstützung genießen, unerlässlich. Auf institutioneller Ebene beinhaltet die Schaffung der Voraussetzungen für einen inklusiven Entscheidungsprozess die Festigung des sozialen Dialogs, die Stärkung der Mechanismen für die Einbindung eines breiteren Kreises von Interessenträgern und die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die den am stärksten marginalisierten Teilen der Gesellschaft Gehör verschaffen. Eine inklusive Verwaltungsführung sorgt für größeres Vertrauen in den Staat und verleiht seiner Politik mehr Legitimität.

G. Förderung eines gesunden Daten- und Informationsumfelds und Bekämpfung von Fehlinformationen und Desinformation

67. In den letzten Jahren waren Pluralismus und Vielfalt der Medien in vielen Ländern auf dem Rückmarsch, was sich unmittelbar auf die Qualität des Journalismus auswirkt. Dies ist vor allem eine Folge der durch den technologischen Wandel bedingten Veränderungen beim Nachrichtenkonsum. Die Branche konsolidiert sich zunehmend und tendiert dazu, sensationsheischende Inhalte, die von Algorithmen bevorzugt werden, in den Vordergrund zu stellen.⁵⁸ Die sozialen Medien haben die traditionellen Medien als wichtigste Informationsquelle abgelöst. Zwischen 2017 und 2022 bezogen 57 Prozent der Menschen ihre Nachrichten nach eigenen Angaben mindestens einmal pro Woche aus sozialen Medien, während sich nur 37 Prozent über Tageszeitungen informierten.⁵⁹ Junge Menschen nutzen die sozialen Medien für diese Zwecke noch öfter als ihre älteren Mitmenschen. Allerdings sind die Informationen in den sozialen Medien von geringer Qualität, und Fehlinformationen und Desinformation verbreiten sich dort oft unkontrolliert.

68. Diese Trends tragen zu einem Nachlassen der Zuverlässigkeit und Integrität des Informationsumfelds bei, was sich unmittelbar auf das Vertrauen und den Zusammenhalt auswirkt. Die Erosion der gemeinsamen Faktenbasis für das Verständnis der Realität kann die Polarisierung schüren und die Konsensbildung in der Politik erschweren. Benötigt wird ein Informationsumfeld mit verlässlichen, evidenzbasierten und pluralistischen Informationsquellen, die die Menschen mit unterschiedlichen Standpunkten vertraut machen und sie zu fundierten Entscheidungen befähigen. Die Integrität von Informationen ist erwiesenermaßen von entscheidender Bedeutung für das Vertrauen in öffentliche Institutionen und politische Prozesse im Allgemeinen.⁶⁰

69. Die Regierungen können ein gesundes Informationsumfeld unterstützen, indem sie die Regulierungs- und Koordinierungsmechanismen zur Förderung der Informationsintegrität

⁵⁷ *World Public Sector Report 2023: Transforming institutions to achieve the Sustainable Development Goals after the pandemic* (United Nations publication, 2023).

⁵⁸ OECD, *Survey on Drivers of Trust in Public Institutions*.

⁵⁹ Daten aus Welle 7 des World Values Survey.

⁶⁰ OECD, *Survey on Drivers of Trust in Public Institutions*.

verbessern. Dazu gehören Politikmaßnahmen zur Förderung eines vielfältigen, pluralistischen und unabhängigen Mediensektors sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Rechenschaftspflicht der sozialen Medien, insbesondere in Bezug auf ihre Rolle bei der Verbreitung von Fehlinformationen und Desinformation. Darüber hinaus können die Regierungen die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Desinformation durch Bildungsstrategien steigern, die den Menschen kritisches Denkvermögen und das zur Verarbeitung verfügbarer Informationen benötigte Wissen vermitteln.

H. Ein gestärkter Multilateralismus, der Ergebnisse liefert

70. Die COVID-19-Pandemie ließ Lücken in der Wirksamkeit multilateraler Maßnahmen zutage treten, als eben diese Maßnahmen am dringendsten benötigt wurden. Wachsende Uneinigkeit und zunehmendes Misstrauen auf internationaler Ebene schwächen die Fähigkeit der Regierungen, komplexe und grenzüberschreitende Probleme wie den digitalen Wandel und die Klimakrise gemeinsam anzugehen. In den letzten zwei Jahrzehnten ist das Vertrauen in die Vereinten Nationen gesunken, wenngleich es mit 43 Prozent⁶¹ nach wie vor höher ist als das Vertrauen in die nationalen Regierungen.

71. Ein gestärkter Multilateralismus, der Ergebnisse liefert, trägt maßgeblich zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei ihrer Politik der sozialen Inklusion bei. Multilaterale Zusammenarbeit ist unumgänglich, wenn es darum geht, globale Gemeingüter und globale öffentliche Güter wie die öffentliche Gesundheit, eine sozial nachhaltige Weltwirtschaft, eine chancengerechte Welt und einen gesunden Planeten zu fördern. Die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung erfordert ein erneuertes Bekenntnis zu Solidarität und Vertrauen, damit die globalen Herausforderungen im Einklang mit den Grundsätzen der Chancengleichheit und sozialen Gerechtigkeit bewältigt werden können. Zudem sind Mechanismen für Inklusion vonnöten, in denen sich neben den Mitgliedstaaten auch andere Akteure Gehör verschaffen können.

72. Der unlängst verabschiedete Zukunftspakt weist den Weg für ein neuerliches Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel, eine Welt herbeizuführen, die gerecht, gleichberechtigt und inklusiv für die gesamte Menschheit ist. Die vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und der Zweite Weltsozialgipfel werden neben anderen in den nächsten Jahren geplanten globalen Veranstaltungen Gelegenheit bieten, auf den Vereinbarungen des Paktes aufzubauen und die darin enthaltenen Maßnahmen durch die Förderung von sozialem Zusammenhalt, Solidarität und sozialer Inklusion in aller Welt voranzutreiben.

IV. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

73. **Die Stärkung von Vertrauen und sozialem Zusammenhalt ist Kernstück der Vision, die die Mitgliedstaaten für die Zukunft verfolgen. Zu diesem Zweck haben sie sich im Rahmen der Maßnahme 6 des Zukunftspakts verpflichtet, in die Menschen zu investieren, um Armut zu beseitigen, eine allgemeine Gesundheitsversorgung zu fördern, den Zugang zu Bildung und Sozialschutz zu erhöhen und die Möglichkeiten für menschenwürdige Arbeit zu verbessern.**

⁶¹ Gegenüber mehr als 50 Prozent im Zeitraum 1999–2004. Daten aus den Wellen 4 bis 7 des World Values Survey.

74. Der für 2025 anberaumte Zweite Weltgipfel für soziale Entwicklung bietet eine willkommene Gelegenheit, diesen globalen Konsens über die Notwendigkeit, verstärkt in die menschlichen Fähigkeiten und den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen sowie zu Chancen zu investieren, um die Armut zu beenden, Ungleichheit zu verringern und niemanden zurückzulassen, in die Tat umzusetzen. Durch konkrete Verpflichtungen zur Förderung inklusiver, gerechter und von sozialem Zusammenhalt geprägter Gesellschaften, die auf Menschenrechten und Gleichheit beruhen und von Solidarität und Vertrauen getragen sind, würde der Gipfel eine solide Grundlage dafür schaffen, den sozialen Fortschritt zu beschleunigen und so die Ziele der Kopenhagener Erklärung über soziale Entwicklung und die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen.

75. Die Mitgliedstaaten könnten daher die folgenden Empfehlungen prüfen:

a) *Die Agenda für menschenwürdige Arbeit voranbringen.* Eine menschenwürdige Arbeit ist Voraussetzung dafür, den Kreislauf von Armut, Marginalisierung und Ausgrenzung zu durchbrechen. Um das Ziel einer menschenwürdigen Beschäftigung für alle zu erreichen, müssen sowohl neue menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen als auch informelle Arbeitsplätze im Wege des sozialen Dialogs entsprechend der Empfehlung (Nr. 204) der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend den Übergang von der informellen zur formellen Wirtschaft, 2015, in formelle menschenwürdige Arbeitsplätze überführt werden;

b) *Einen universellen Sozialschutz fördern.* Für ein wirksames Sozialschutzsystem müssen beitragspflichtige und beitragsfreie Leistungen kombiniert werden. Die Steigerung der Investitionen in den Sozialschutz ist von grundlegender Bedeutung für mehr Gleichheit, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit, wobei sicherzustellen ist, dass niemand zurückgelassen wird. Dazu müssen auf Rechte gegründete Sozialschutzsysteme gefördert werden, die umfassend angelegt sind und sorgfältig koordiniert werden;

c) *Eine allgemeine Gesundheitsversorgung gewährleisten.* Eine allgemeine Gesundheitsversorgung ist wesentlich für die Gesundheit und Produktivität der Bevölkerung. Da sich die gesundheitlichen Herausforderungen je nach Alter sowie zwischen Frauen und Männern unterscheiden, müssen die Dienstleistungen den Gesundheitsbedürfnissen in allen Altersgruppen und Landesteilen entsprechen;

d) *Eine hochwertige Bildung und Qualifizierung für alle zugänglich machen.* Eine gut gebildete Bevölkerung ist für alle Bereiche der Entwicklung, von der Ernährung der Kinder über die Arbeitsmärkte bis hin zum Aufbau friedlicher Gesellschaften, von grundlegender Bedeutung. Die nationalen Bildungssysteme sollten daher eine hochwertige und inklusive Bildung für alle auf der Grundlage von Lehrplänen fördern, die sich an den künftigen Anforderungen des Arbeitsmarkts orientieren. Die Steigerung der Qualität der Bildung erfordert Investitionen in die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, die Schulausstattung und die Infrastruktur;

e) *Sozialpolitische Maßnahmen finanzieren.* Die inländische öffentliche Finanzierung ist nach wie vor die wichtigste Finanzierungsquelle für Sozialausgaben weltweit. Dennoch reichen die inländischen öffentlichen Mittel in vielen Ländern nicht aus, um den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen oder dem Umfang und Anspruch der Agenda 2030 gerecht zu werden. Die Mobilisierung inländischer Mittel zur Finanzierung sozialer Investitionen muss eine Priorität der Fiskalpolitik sein. Den Regierungen bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, Mittel zu mobilisieren, um die fiskalische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit wichtiger sozialer Dienstleistungen zu gewähr-

leisten, darunter die Erhöhung der Steuerbemessungsgrundlage, die Umverteilung öffentlicher Ausgaben, der Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe, die Stärkung guter Verwaltungsführung und die Anpassung makroökonomischer Rahmenkonzepte;

f) *Eine unwirksame und unfaire Steuerpolitik reformieren.* Ein gut funktionierendes, auf die Einhaltung und Durchsetzung von Rechtsvorschriften gestütztes Steuersystem ist grundlegend wichtig für die Verringerung von Ungleichheit, indem es ausreichende Einnahmen für soziale und andere Investitionen generiert, ohne langfristig die Produktivität und das Wachstum zu beeinträchtigen. Die Reformen sollten eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer und die Anwendung einer progressiven Besteuerung, aber auch eine Verlagerung der Steuerlast vom Verbrauch auf persönliches Einkommen, Gewinne und Kapitalerträge beinhalten. Die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem geplanten Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über die internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen verdeutlichen, wie wichtig und dringend es ist, inklusive Möglichkeiten zur Ausarbeitung von Normen für die steuerliche Zusammenarbeit im Einklang mit den nationalen Kapazitäten und Prioritäten aufzuzeigen;

g) *Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen steigern.* Die Verbesserung der Qualität der öffentlichen sozialen Dienstleistungen bietet den Menschen bessere Möglichkeiten, produktive Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Zudem können so Teufelskreise durchbrochen werden, die Menschen über Generationen in Armut und Ausgrenzung gefangen halten;

h) *Die Leistungserbringung verbessern.* Eine wirksame Leistungserbringung auf der Grundlage kompetenter und rechenschaftspflichtiger Institutionen, die transparenten Regulierungsrahmen unterliegen, sorgt für eine bessere öffentliche Unterstützung. Der Aufbau operativer Kapazitäten fördert den Zusammenhalt und die Inklusion, insbesondere unter Menschen in prekären Situationen. Die Zuweisung zusätzlicher Finanzmittel ohne Stärkung der Grundsätze für die Verwaltungsführung ist unzureichend;

i) *Die Zusammenarbeit und Beteiligung stärken.* In allen Phasen der Politikreformen, von der Ausarbeitung und Konzeption bis hin zur Durchführung und Überwachung, sollte eine konstruktive, vielfältige, sektorübergreifende und einen breiten Kreis von Interessenträgern einbeziehende Beteiligung gewährleistet werden. Dies stärkt das Vertrauen in die Systeme, erhöht die Qualität, Reaktionsfähigkeit und Wirksamkeit der Politik und verbessert die Einhaltung der Vorschriften;

j) *Eine transparente und rechenschaftspflichtige Verwaltungsführung auf nationaler und globaler Ebene fördern.* Die Regierungen sollten zugängliche, relevante und unparteiische Informationen und Statistiken über ihre Politik bereitstellen, damit die Menschen die erzielten Ergebnisse angemessen bewerten können. Zudem sollten sie Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Mittel ihrem vorgesehenen Zweck dienen, indem Verschwendung, Misswirtschaft und Korruption bekämpft werden. Auf globaler Ebene können Reformen der Verwaltungsführung, einschließlich der internationalen Finanzarchitektur, das Vertrauen in das multilaterale System und dessen Wirksamkeit erhöhen, indem sie die Transparenz verbessern und eine größere Kohärenz der Handlungsrahmen mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung fördern;

k) *Informationsintegrität fördern sowie Fehlinformationen und Desinformation bekämpfen.* Die Verbesserung der Regulierungs- und Koordinierungsmechanismen kann gesunde Medienumfelder fördern und der Verbreitung von Fehlinformationen

und Desinformation, insbesondere über soziale Medien, entgegenwirken. Bildungsstrategien, die die Menschen mit kritischem Denkvermögen und Wissen ausstatten, können die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft gegenüber Desinformation steigern und das Vertrauen stärken;

1) *Die internationale Zusammenarbeit zugunsten der sozialen Entwicklung stärken.* Ein gestärktes multilaterales System und seine Institutionen sind entscheidend wichtig, wenn es darum geht, die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung ihrer sozialen Entwicklungsziele in einer sich wandelnden Welt, insbesondere im Zusammenhang mit komplexen und grenzüberschreitenden Fragen, zu unterstützen. Ein System, das für die Gegenwart und die Zukunft gerüstet ist, muss fair, demokratisch, gerecht, repräsentativ, inklusiv und finanziell stabil sein. Um dies zu erreichen, müssen die Verpflichtungen des Zukunftspakts erfüllt werden, der die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen kann, von Vertrauen und Solidarität getragen auf die Herausforderungen und Chancen der heutigen Zeit zu reagieren. Der Zweite Weltgipfel für soziale Entwicklung bietet die Gelegenheit für einen Konsens über ein multilaterales System, das den Menschen in aller Welt eine sozial inklusive Entwicklung ermöglicht.
